

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 22.

Leipzig, den 30. Mai.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Gaiustrasse 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstrasse und die Expedition d. Blattes G. W. Vollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grellmann Wallstrasse 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Stieberisches. — Auch ein Landtagsabschied. — Demokratische Volksversammlung in Berlin am 18. Mai. — Die Volkspartei im Zollparlament. — Beilage: Weiße Thauen. — Aus England.

Politische Uebersicht.

Die drei Dienstmädchen und zwei Dienstmänner, welche das „Zollparlament“ am 27. April auf dem Dönhofsplatz feierlich empfangen hatten, scheinen am vorigen Sonnabend wichtigere Geschäfte gehabt zu haben, — wenigstens glänzten sie durch ihre Abwesenheit, als das „Zollparlament“ nach seiner letzten Sitzung heimwanderte.

Beschlossen wurde die „Session“ durch eine Rede, welche der König von Preußen in dem bekannten „weißen Saal“ an die „Zöllner und Sünder“ hielt. In Preußen und „Norddeutschland“ müssen nämlich bei solchen Gelegenheiten die „Parlamente“ zum Monarchen kommen, während in andern Ländern der Monarch zu dem Parlament kommen muß. Nämlich förmlich.

Was die Rede des Königs betrifft, so enthält sie zwar die üblichen Phrasen von „nationaler Wohlfahrt“ (die man durch den Militarismus zerstört), von „Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme“ (die man 1866 auseinandergerissen hat), aber im Ganzen herrscht ein gar nüchterner, fagenjämmerlicher Ton; und einen wahrhaft komischen Eindruck machen die lauerfüßen Floskeln, unter denen die Thatsache versteckt werden soll, daß das „Zollparlament“ weder in politischer, noch in finanzieller Beziehung seinen Zweck erfüllt hat. Viel blauer Dunst, aber kein Dampf für die Miquel'sche Mainlokomotive; viel Geschrei und wenig — Steuern, das ist das Nordbunde! Hätte man den armen diätenlosen Abgeordneten von vornherein die Wahl gelassen, entweder gegen Erlegung einer Geldsumme ruhig zu Hause zu bleiben, oder in Berlin zu zöllnern, — wir sind überzeugt, sie hätten aus ihren eigenen Taschen das Doppelte und Dreifache zusammengeschossen.

Bemerkenswerth ist die Schlußstelle der Königsrede: „Nachdem ich durch den übereinstimmenden und vertragmäßig bewiesenen Willen der dazu berechtigten gesetzgebenden Gewalten in demselben Vaterlande zu dieser hervorragenden Stellung vor den zu diesem Parlamente erwählten Vertretern des deutschen Volkes zu bekunden, daß ich die mir übertragenen Rechte

als ein heiliges, von der deutschen Nation und ihren Fürsten mir anvertrautes Gut in gewissenhafter Achtung der geschlossenen Verträge und der geschichtlichen Berechtigung, auf welchen unser vaterländisches Gemeinwesen beruht, handhaben und verwerthen werde. Nicht die Macht, welche Gott in meine Hand gelegt hat, sondern die Rechte, über welche ich mit meinen Bundesgenossen und den verfassungsmäßigen Vertretungen ihrer Untertanen in freien Verträgen übereingekommen bin, werden mir jetzt und in Zukunft zur Richtschnur meiner Politik dienen. In dieser Richtung und in fester Zuversicht auf Gottes Beistand die Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben erstrebend, sehe ich der Wiedervereinigung des deutschen Zollparlaments entgegen, sobald neue Arbeiten dasselbe zu erneuter Thätigkeit berufen werden.“

Also auf „freien Verträgen“ beruht die jetzige Ordnung der Dinge. König Wilhelm hat offenbar eigenthümliche Begriffe von „Freiheit“. Uns will es bedünken, die Sachsen, Würtemberger, Bayern, Hessen u. s. w. würden diese Verträge nicht eingegangen sein, wenn sie, die Unvorbereiteten, nicht von den vorbereiteten Preußen überfallen und auf dem Schlachtfeld überwältigt worden wären. Und die Genügsamkeit, die sich in den Worten ausdrückt: „Ich werde die mir übertragenen Rechte — in gewissenhafter Achtung der geschlossenen Verträge — handhaben und verwerthen!“ Vor 1866 gab es auch „Verträge“; wie sie „gehandhabt und verwerthet“ wurden, das lehrt die Geschichte jenes unheilvollen Jahres. Daß König Wilhelm den Wunsch hegt, jetzt möge „die Weltgeschichte still stehn“ (die damals nicht „still stehn“ durfte) glauben wir gern. Schade nur, daß die Ereignisse sich nicht nach Belieben halt gebieten lassen. König Kanut der Große von England, den seine Höflinge für allmächtig erklärt hatten, ging einst, um sie zu beschämen, mit ihnen bei Ebbezeit an den Strand des Meeres, und als die Fluth begann, rief er den anstürmenden Wogen zu: Bis hierher und nicht weiter! Allein die Wogen drängten mit unwiderstehlicher Gewalt vorwärts, und trieben den Troß der Höflinge zurück. König Kanut war ein weiser Mann, und die Meerfluth aufzuhalten, ist tausendmal leichter, als der menschlichen Entwicklung einen Damm zu setzen.

Anlässlich der „gewissenhaften Achtung“ der Verträge erinnert der „Stuttgarter Beobachter“ an die Worte, die König Wilhelm von Preußen am 18. Juni 1860 nach seiner Zusammenkunft mit dem französischen Kaiser zu Baden an die dort versammelten deutschen Fürsten richtete, und die also lauteten:

„Ob Deutschland in näherer oder fernerer Zeit Gefahren drohen, ich spreche heute, als an dem Jahrestage eines denkwürdigen Siegs (Waterloo) in diesem erlauchtem Kreise es gern noch einmal aus, was ich in meiner letzten Thronrede öffentlich erklärt habe, daß ich es nicht bloß als die Aufgabe der Deutschen, sondern als die erste Aufgabe der europäischen Politik von Preußen erachte, den Territorialbestand sowohl des Gesamtwaterlands als der einzelnen Landesherren zu schützen. In dieser Aufgabe werde ich mich durch Nichts beirren lassen, auch nicht durch den Umstand, daß die innere Politik, die ich für Preußen als unerlässlich erkannt habe, sowie meine Auffassung mehrerer Fragen der inneren deutschen Politik von den Auffassungen einiger meiner hohen Verbündeten abweichen möge; die Erfüllung jener nationalen Aufgabe, die Sorge für die Integrität und Erhaltung von Deutschland wird bei mir immer obenan stehen. Ueber die Loyalität meiner Bemühungen, die Kräfte des deutschen Volkes in geüblicher Wirksamkeit zusammenzufassen, kann kein Zweifel bestehen; sie haben niemals die Absicht, das völkerrechtliche Band, welches die deutschen Staaten umfaßt, zu erschüttern.“

Das „Niemals“ König Wilhelm's dauerte genau 6 Jahre, bis in den Sommer 1866. Wie der Territorialbestand der „einzelnen Fürsten“ beschützt ward, das sagen die Anexionen, und wie der des „Gesamtwaterlands“, das sagt Luxemburg. — Auch die „Arztg.“ räumt nun ein, daß es mit der Demolirung der Befestigung von Luxemburg nicht vorwärts will. „Es gehören 30 Millionen dazu,“ schreibt sie, „über die der König-Großherzog nicht zu verfügen hat. Die Luxemburgische Regierung beruft sich übrigens auf den Vertrag, in dem eine Frist für die Demolirung nicht festgesetzt sei. Daß dieserhalb Unterhandlungen stattgefunden haben oder stattfinden, wird an offiziellen Orten in Abrede gestellt.“ Wer sollte denn unterhandeln? Die Preußen haben die Festung „muthig“ geräumt, und die Holländer und Franzosen, auf die es jetzt noch allein ankommt, werden die Werke nicht schleifen lassen, in denen für sie der einzige Werth Luxemburgs besteht. —

Ob die „Wiedervereinigung“ des „Zollparlaments“ je erfolgen wird? Wir bezweifeln es. Das deutsche Volk hat selbstverständlich kein Interesse daran, und die preußische Sonderpolitik ist ja in allen ihren zoll- und vollparlamentlichen Hoffnungen betrogen worden.

Beiläufig waren die letzten Tage der Session recht heiter, und wie Augenzeugen versichern, soll das „Zollparlament“ verschiedentliche Male wirklich „Vollparlament“ gewesen sein, wenn auch nicht in dem Sinne der „Nationalliberalen“. Man höre nur:

Donnerstag, Zweckessen in der Berliner Börse — erhöhte Stimmung — Waldeck und Bismarck drücken sich die Hände, gestehen einander gerührt, daß sie im Grund das gleiche Ziel haben; Freitag, Zweckessen auf dem Tivoli — erhöhte Stimmung — in Bamberger erwachen burschikose Gassen-Erinnerungen und er kräht ein Vereat auf die Mainlinie; Sonnabend, Zweckessen beim Kronprinzen in Potsdam — erhöhte Stimmung, die jedoch des erlauchten Births wegen nicht laut zu werden wagt; Sonntag, Zweckfahrt nach Kiel, Zweckessen auf einem Stück „Norddeutscher Flotte“ — erhöhte Stimmung, gefährlich erhöht, als der „ultramontane“ Bayer Sepp daran erinnert, daß die einzige neuerdings von Deutschen gewonnene Seeschlacht 1866 bei Lissa gegen die Verbündeten Sr. Maj. des Königs Wilhelm von Preußen geschlagen wurde, und daß es der „Staat des deutschen Berufs“ war, der weiland den Baseler Frieden geschlossen. — —

Und die beiden erstgenannten Zweckessen waren Zweckessen in zwiefacher Bedeutung des Worts; sie hatten in den Reihen der „Zöllner“ solche Verwüstungen angerichtet, daß der „geniale Staatsmann“ noch am Sonnabend gerade vor Thorschluß zum zweiten Male mit der Petroleumsteuer angerückt kam, und sie auch unzweifelhaft durchgesetzt hätte, wäre es nicht einigen energischen Lichtfreunden gelungen, noch eine genügende Zahl

von Gegnern aus allen Berliner Stadttheilen zusammenzutrommeln. Graf Bismarck verachtet bekanntlich die „kleinen Mittel“. — —

Die Mitglieder der „süddeutschen Fraktion“ veröffentlichen einen Rechenschaftsbericht an ihre Wähler, in dem es heißt: „Wir haben (im „Zollparlament“) aufs Neue erkannt, daß der Eintritt in den norddeutschen Bund weder die Einigung der gesammten Nation, noch die constitutionelle Freiheit, noch die besondern Interessen Süddeutschlands fördern werde, daß vielmehr der Verfassung Norddeutschlands gegenüber in der einen, wie in der andern Rücksicht die fernere Erhaltung der Selbstständigkeit der Südstaaten geboten ist.“

Die überwiegende Bevorzugung der Militärzwecke im Nordbunde insbesondere beeinträchtigt die Pflege der geistigen und materiellen Interessen und rührt ohne finanzielle Erleichterung des preußischen Volkes zu einer steigenden Belastung seiner Bundesgenossen.

Als die nothwendige Folge der traditionellen Politik Preußens wird diese Belastung eine dauernde sein.

Fast allen Parteien nördlich der Mainlinie gilt die Unterwerfung der süddeutschen Staaten nur als eine Frage der Zeit und als ein Ziel des preußischen Berufs.

Daß das schließliche Aufgehen des Südens in den preußischen Einheitsstaat die Folge wäre, das drängt sich Jedem als Gewißheit auf, der sich vom Scheine staatlicher Uebergangsformen nicht täuschen läßt. Die durch die Annectirung gesteigerte Uebermacht des Präsidialstaates gestattet der berechtigten Haltung der kleineren Bundesstaaten keinen Raum. Diesen Verhältnissen gegenüber ist es Aufgabe, die thatkräftige Bewahrung der Selbstständigkeit der süddeutschen Staaten mit der aufrichtigen Erfüllung der nationalen Pflichten in Einklang zu setzen. Den Weg zu diesem doppelten Ziel finden wir nur in einer entschiedenen freisinnigen Politik und in der festen Verbindung der süddeutschen Staaten.“

Die Veranstalter der oben aufgezählten Zweckessen werden sich nach Durchlesung dieses Berichts nicht mehr darüber täuschen können, daß sie ihre Mühe und ihren Champagner verloren haben, und daß es klug gewesen wäre, sie hätten in ihrer „realpolitischen“ Abneigung gegen Tendenzfeste verharrt. Da hatten die viel verspotteten Schützen- und Sängersfeste doch noch etwas mehr Schwung und — Wichtigkeit.

Es sind überhaupt schlimme Zeiten für die Nationalliberalen. Vor Kurzem wurde von einem Correspondenten der „Weserzeitung“ ausgeplaudert, daß eine „namhafte Summe der Hinterlassenschaftsgelder“ des selig entschlafnen Nationalvereins „für die Zollparlamentswahlbewegung im südlichen Hessen“ ausgegeben wurde.“ Und jetzt erfahren wir aus Mainz (im „südlichen Hessen“), daß zwei Wahl-Agenten des Herrn Bamberger, die mit jenen Geldern ein Bischof zu freigebig waren, vom Gericht der versuchten Wahlbestechung schuldig befunden und zu je 4 Wochen Gefängniß und Tragung der Kosten verurtheilt worden sind. — — Das ist die „Sittlichkeit“ der „Einheitsidee“. —

Die französischen Journale veröffentlichen eine Erklärung von 757 hannoverschen Emigranten, die nicht verschlen kann, die Frage der sogenannten „hannoverschen Legion“ von Neuem auf die Tagesordnung der öffentlichen Besprechung zu setzen. Das Schriftstück wurde am Donnerstag den 21. Mai dem preußischen Gesandten in Paris überreicht und lautet: „Erklärung an Se. Maj., König Wilhelm von Preußen. Wir Unterzeichnete, in Frankreich weilende und gewöhnlich unter dem Namen Welfenlegion bezeichnete hannoversche Auswanderer erklären hiermit: daß wir von der durch Se. Maj. den König Wilhelm

von Preußen uns angebotenen Amnestie keinen Gebrauch zu machen gesonnen sind, und daß wir Se. Maj. bitten, die Summen, welche Se. Maj. Agenten unnütz ausgeben, um uns zur Heimkehr zu veranlassen, auf Verminderung der Steuern, die auf unsern Landsleuten lasten, zu verwenden." Man kann es den ausgewanderten Hannoveranern, sagt die „Frankfurter Zeitung“, in keiner Weise verübeln, wenn sie es vorziehen, in Frankreich zu bleiben, statt in ihr neues Vaterland zurückzulehren. Es ist das Sache des freien Willens, und wer in der preußischen Atmosphäre zu leben gezwungen ist, vermag am besten darüber zu urtheilen, wie angenehm es unter Umständen sein kann, jede andere Luft zu athmen. — Die „Frankfurter Zeitung“ spricht aus Erfahrung.

Die schlimmste Nachricht für den Bismarckschen Nordbund seit dessen Begründung ist soeben aus Wien gemeldet worden: der Kaiser hat den drei Gesetzen gegen das Konkordat seine Zustimmung erteilt. Trotz des Prager Friedens tritt Oesterreich damit an die Spitze der deutschen Nationalbewegung. Wohl läßt das „Doctoren-Ministerium“ viel zu wünschen übrig, aber die Macht der Verhältnisse treibt es unaufhaltsam vorwärts. Recht deutlich ist dies auf finanziellem Gebiet zu sehen, wo man sich von Tag zu Tag mehr mit dem revolutionären Gedanken des Staatsbankrotts ausföhnt. —

Professor Biedermann (der Leipziger) hatte bei Gelegenheit des Schillerstiftungstags unter dem Vorwande früherer Parlamentscollegenschaft Besuche bei zwei österreichischen Ministern (Giskra und Berger) gemacht, um dieselben über die österreichischen Absichten gegenüber Preußen auszuforschen. Als Resultat seiner Unterhaltung verkündete Biedermann daheim in seiner „Deutsch. Allg. Zeitung“ triumphirend: Ihm sei von den schielebanischen Ministern zugesichert worden, daß Oesterreich „keine Preußen hindernde Politik“ treiben werde. Diese Mittheilung stieß zunächst nicht auf einen völligen und unbedingten Unglauben, da man dem Minister Giskra, einem österreichischen Centralisten, welcher einmal erklärte, den deutschen Traum ausgeträumt zu haben, preußische Sympathien, wenigstens in der negativen Gestalt des Geschehenlassens einer Absorbirung Südwestdeutschlands, immerhin zutrauen konnte. Nun ist aber die Wiener „Debatte“ in den Stand gesetzt, mitzutheilen, daß Prof. Biedermann bei seinem Berichte eine sehr wesentliche Bedingung, von welcher die westösterreichischen Landesminister die neutrale Haltung Oesterreichs abhängig machten, mit Schweigen übergangen hat: diese Bedingung ist die striete Einhaltung des Prager Friedens Seitens Preußens. Dadurch wird der Sachverhalt umso mehr verändert, als Oesterreich bekanntlich schon die preußischen Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südwesstaaten als nicht im Einklang mit dem Prager Frieden betrachtet. So sind diese Biedermänner.

Nach einem Wolffschen, d. h. officiöses preußischen Telegramm wäre bei der russischen Regierung die Nachricht eingetroffen, daß sich an der Galizischen Gränze Polnische Freischaaren zu bilden begännen. Wohl verfrüht, aber die Polnische Frage fängt an, sich recht unbequem hervorzudrängen.

Aus Frankreich das alte Lied: Systematische Beunruhigung des Publikums durch die Presse, die abwechselnd Frieden predigt und Krieg droht; und dabei Kriegsrüstungen nach gigantischem Maasstab, die man in Berlin sehr wohl zu würdigen weiß, und denen es zuzuschreiben ist, daß der Graf Bismarck, um mit den Worten Bamberger's zu reden, eine „ganz grundsätzliche Abneigung gegen einen Krieg mit Frankreich hat.“ Da Preußen der mächtigste Staat der Erde ist, kann nur mit dieser „grundsätzlichen Abneigung“ nichts zu schaffen haben.

Die italienische Kammer hat nach monatelangem Geschnatter die Steuervorlagen der Regierung angenommen, auch die verhasste Mahlsteuer mit 219 gegen 152 Stimmen. —

Unser Mitttheilung in vor. Nummer: der Fenier Barrat sei am 20. d. hingerichtet worden, war unrichtig. Die Hinrichtung wurde abermals um 8 Tage verschoben, und — am 26. dieses vollstreckt. Also dreifach hat man den Mann gemordet. Auch in der englischen Colonie in Australien Hinrichtung eines Feniers. Und in Abyssinien Mord im Großen begangen von englischen Soldaten. Die Einzelheiten der „Erstürmung“ Magdala's sind nun bekannt; eine infamere „Waffenthat“ hat die Geschichte nicht aufzuweisen, die doch an solchen Infamien Ueberfluß hat. Mittlerweile ist das Ministerium Disraeli damit beschäftigt, den englischen Parlamentarismus zu Grunde zu richten, wozu wir ihm gut Glück wünschen.

Hr. von Schweizer, der bisherige Präsident des allgemeinen deutschen Arbeitervereins ist mit großer Mehrheit wieder gewählt worden.

Ende März berichteten wir aus Bielefeld von der skandalösen Verhaftung des Kaufmanns Lampe durch den preußischen Hauptmann von Hoffmüller. Auf die von Hrn. Lampe bei der zuständigen Behörde eingereichte Beschwerde ward ihm folgender Bescheid:

Münster, 5. Mai 1868.

An den Kaufmann Herrn F. Lampe, Wohlgeboren, Bielefeld.

Auf Ihre vom königlichen General-Kommando reportmäßig hierher abgegebene Beschwerde vom 13. März d. J. über den Hauptmann von Hoffmüller des 2ten Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 15. (Prinz Friedrich der Niederlande) wird Ihnen eröffnet, daß die stattgehabte gerichtliche Untersuchung das Seitens des Hauptmann von Hoffmüller gegen Euer Wohlgeboren eingeschlagene Verfahren als in keiner Weise den Strafgesetzen verstößend festgestellt hat.

In Abwesenheit des Divisions-Kommandeurs
von Kummer.

General-Major und Brigade-Kommandeur.

Also, daß ein preußischer Offizier zu seinem Privatvergnügen friedliche Bürger ihrer Freiheit beraubt, „verstößt in keiner Weise“ gegen die (Preussischen) Strafgesetze. Das schreibe man sich hinter die Ohren.

Stieberisches.

„Die heftige Stiebererei“, schreibt die „demokratische Correspondenz“, ist einstweilen zu Ende. Auf die Freilassung Trauberts ist nun die Freisprechung seines Leidengefährten Plaut gefolgt. Ein kläglichere Prozeß ist nie geführt, leichtfertiger nie eine Anklage erhoben worden. Der ganze Vorgang mahnt an das Wort jenes Franzosen: wenn ich angeklagt werden kann, den Thurmknopf von Notre-Dame in die Tasche gesteckt zu haben, dann ist's Zeit Frankreich zu verlassen.

Aus Leipzig sind sog. aufrührerische Proklamationen nach Hessen versandt — Plaut war in Leipzig — ein Freund schrieb ihn unter fingirtem Namen ins Fremdenbuch — ein Kellner hat gesehen, daß auf dem Zimmer etwas geschrieben wurde — also Anklage wegen Hochverrath, Verhaftung, Untersuchungshaft von etwa einem Vierteljahr! Geschehen in Preußen 1868, unter König Wilhelm, Bismarck, Stieber, genehmigt von gelehrten, auf Gesetz und Recht vereideten Richtern.

Bei der öffentlichen Verhandlung ist nur noch eine jener allmählich wahrhaft abgeschmackten Erörterungen unter den sog. Schreibverständigen hinzugekommen, die aus einigen wenigen,

offenbar mit verstellter Handschrift geschriebenen Worten die Verschuldung oder Nichtschuld des Angeklagten haben constatiren sollen und wollen. Das war das Beweis (?) - Material. Für den preussischen Staatsanwalt trotzdem ausreichend, seine Anklage aufrecht zu erhalten. Für den Gerichtshof genügend, fast ohne Berathung freizusprechen. So ist denn Plaut frei, und damit ist's aus. Seine Zeit giebt ihm niemand wieder; von einer Entschädigung oder Genugthuung keine Rede; von einer Bestrafung leichtfertiger Beamter auch nicht. Die einzige Folge vielleicht wird sein, daß gewisse literarische Denuncianten zunächst weder in der „Kölnischen Zig.“ noch in der „Weserzig.“ ein Unterkommen finden. Aber ein Organ findet die nächste Stieberei doch wieder, davor ist uns nicht bange.“

Wir wollen bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß Optikus Graf fortwährend Briefe Stiebers vorzeigt, und daß von dem Prozeß, den Stieber uns versprochen hat, noch immer nichts zu merken ist, ebensowenig wie von den versprochenen „Enthüllungen“. Jetzt werden wir bald ihm den Prozeß zu machen haben.

Auch ein Landtagsabschied.

An demselben Tage, wo dieses Blatt in das Land hinausgeht, wird voraussichtlich der letzte „sächsische“ Landtag in Dresden feierlich verabschiedet werden. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, weil dieses eine mit hochgespannten Hoffnungen begonnene, fast vierzigjährige konstitutionelle Epoche abschließende Ereigniß von den Meisten völlig unbeachtet bleiben dürfte. Was zu Ende geht, hat sich vollständig aus, ja überlebt, und was nachfolgt, läßt nicht minder gleichgültig. Die Veränderung berührt nicht die große Frage des Tages; es werden nur Unterscheidungen aufgehoben, die ohnehin fast jede praktische Bedeutung verloren haben. Der konstitutionelle Schematismus wird umgemodelt, das Wesen, oder besser gesagt, die Wesenlosigkeit unserer Vertretung bleibt dieselbe wie zuvor.

Aber gerade diesen konstitutionellen Schematismus ohne innern Gehalt hat alle Welt, höchstens die unmittelbar Beteiligten ausgenommen, satt und übersatt bekommen. Wer kann noch ohne Widerwillen von den unaufhörlichen, und doch nur leeres Stroh dreschenden Land-, Reichs- und ähnlichen Tagen reden hören, ohne ein geheimes Grauen die den Berichten über ihre Verhandlungen gewidmeten langen Spalten in den Tagesblättern anblicken? Wie Viele, oder richtiger, wie unendlich Wenige bringen es über sich, dieselben zu lesen!

Bei uns ist es freilich schon bald ein Menschenalter her, daß das Volk die Landtagsnachrichten mit Heißhunger verschlang, seine Abgeordneten wie Triumphatoren begrüßte. Aber in Preußen, wo dieselbe Geschichte noch vor wenigen Jahren spielte, klingen da etwa, im Vergleich mit der Gegenwart, die Berichte über jene Ereignisse, deren Teilnehmer fast alle, nur in ganz anderem Lichte, noch heute auf dem Plane stehen, minder märchenhaft? Hier wie dort ist das Unglaubliche eingetreten — das Volk hat in verhältnißmäßig kurzer Frist den früheren Gegenstand seiner heißesten Wünsche und Bestrebungen mit größter Gleichgültigkeit betrachtet — fast möchten wir sagen: verachten gelernt.

Nie hat der für vollständig überwunden gehaltene Absolutismus größere Chancen gehabt, als der Grundsatz: Avilir, puis détruire (Erniedrigen, dann vernichten!) größere Erfolge erzielt. Es war freilich die Schuld der Mehrzahl der Volksvertreter, daß sie sich erniedrigen ließen. Aber auch das Volk ist nicht frei von Schuld, indem es die doppelte Erniedrigung durch feige Vertreter und durch eine verwegene Reaktion gleich

passiv über sich ergehen ließ. Das politische Fundament des konstitutionellen Liberalismus hat die Probe bestanden. Die neuen Elemente, welche durch den Konstitutionalismus in die herrschenden Kreise einzudringen suchten, haben vollständig Staatsgemacht.

Viele gute Eigenschaften wollen wir ihnen nicht abstreiten; aber woran es ihnen gänzlich gebrach und noch gebricht, das war und ist das Talent, sich zu behaupten, die Erkenntniß, daß Verfassungssachen Machtsachen sind, und die Fähigkeit, so zu handeln, daß in kritischen Fällen eine Macht auf ihrer Seite stände. So sind sie denn Schritt für Schritt aus der im Jahre 1830 eroberten Stellung wieder hinausgedrängt worden, und in dem Maße als ihre Geltung abnahm, sank auch die produktive, reformirende Kraft des Landtags und mit ihr das Interesse an dem letzteren.

Das Jahr 1866 zerstörte vollends allen Glauben an die Kraft des gesprochenen Wortes und führte zur kompletten Selbstbelanbetung. Nichts kennzeichnet besser den inneren Verfall, den Verlust alles Selbstvertrauens bei der alten konstitutionellen Partei, als daß gerade sie, welche durch diese Wendung vollends jeder praktischen Bedeutung beraubt wurde, sich der Verherrlichung ihrer Niederlage am eifrigsten ergab, zum Theil vielleicht in dem bemitleidenswerthen Irrthume, die Welt damit über den wahren Sachverhalt täuschen, sich mit dem Scheine des Sieges umgeben zu können, wo man willenlos dem Wagnis des Siegers folgen mußte. Wer so tief gefallen ist, erhebt sich nicht wieder.

Der jähe Fall der ehemaligen preussischen Fortschrittspartei in den Nationalliberalismus ist noch frisch in Aller Gedächtniß. In Sachsen ist das frühere verdienstliche Wirken der verwandten konstitutionellen Partei, das zum Theil einer älteren Generation angehört, fast der Vergessenheit anheimgefallen. Der Gegenwart schwebt das konstitutionelle Wesen fast nur in jener verzerrten Gestalt vor Augen, die bei Vergleichen unser Land aus einem Gegenstande des Neides zu einem Gegenstande des Mitleids gemacht hat. Es lohnt sich kaum der Mühe, mit dem letzten Landtage Rechnung zu halten. Desto lehrreicher ist es, zu untersuchen, wie von einem ganz anderen Anfange die Dinge so weit gekommen sind, welche Ursachen die üble Wendung herbeigeführt haben, und welcher politische Fonds uns zum ferneren Betriebe unserer Staatswirthschaft geblieben ist. Die Bilanz der ganzen konstitutionellen Epoche zu ziehen, das soll die Aufgabe sein, die wir in mehreren folgenden Artikeln zu lösen versuchen werden.

Demokratische Volksversammlung in Berlin am 14. Mai.

(Nach dem Bericht der „Zukunft“.)
(Schluß.)

Herr Freisleben (Abg. für den 5. Württemberg. Wahlbezirk Gießlingen): Mein Freund Desterler hat Ihnen die Gefinnungen dargelegt, von welchen die württembergische Demokratie erfüllt ist, die Anschauungen, von welchen sie bezüglich der großen deutschen Frage ausgeht. Sie haben von ihm die Gründe vernommen, aus welchen noch keine Lust haben, hier in den Nordbund einzutreten, selbst nicht, nachdem wir uns hier in dieser Versammlung überzeugt haben, daß einer unserer Freunde in Württemberg, der bei einer Wahlversammlung sagte: im norddeutschen Bunde gäbe es blos 3 Grundrechte: „Steuern zahlen, Soldat sein und's Maul halten“ wenigstens im dritten Punkte Unrecht batte. (Große Heiterkeit). Ich muß Ihnen aufrichtig gestehen, daß ich trotz dieser Ueberzeugung doch in die-

*) Hr. Freisleben vergißt, daß es im Interesse Bismarck's lag, dieser Versammlung die vollste Redefreiheit zu gewähren, gerade damit die süddeutschen Abgeordneten zu solchen Schlußfolgerungen gelangen sollten, wie Hr. Freisleben sie ausgesprochen hat.

sem Augenblicke noch keine Lust verspüre, in die Glückseligkeit des norddeutschen Bundes eintreten zu können. Das Bild, welches uns sehen mein verehrter Kollege und Freund Nebel von den Vorteilen welche Sachsen von dem Eintritte in denselben gehabt, entrollt hat, ist wahrhaftig nicht verlockend für uns Süddeutsche. Gestatten Sie mir nur wenige kurze Rückblicke noch auf die in meinem eigenen Vaterlande stattgehabten Zollparlamentwahlen und auf die Vorkürfe, zu welchen das Verbalten der württembergischen Volkspartei bei diesen Wahlen Anlass gegeben hat. Man hat uns ebenso wie die der Freiheit zugewandenen Männer in Baiern beschuldigt, daß wir ein Bündniß mit den Ultramontanen eingegangen seien. Die Beschuldigung ist für Württemberg so unwahr, als sie es für Baiern war. Wir haben ebensovienig — und das ist der zweite Vorwurf, der besonders von Berlin aus in einem öffentlichen geschätzten Blatte erhoben ist — ein Bündniß mit der Regierung abgeschlossen. Wir, die württembergische Volkspartei, handeln nach Grundsätzen, — nach Grundsätzen, die die innigste Liebe zur Freiheit in unser Herz eingepflanzt hat. Wir handeln nicht nach den Wünschen einer Regierung und wir würden es auch dann nicht thun, wenn wir ein großer Staat wären und wenn unsere Regierung auf eben so große Erfolge wie die preussische Regierung zurückblicken könnte. Die Wahlen in Württemberg waren ein Act des Selbstbestimmungsrechtes des württembergischen Volkes, und als einen Ausdruck dieses Rechtes mögen Sie dieselben auffassen. Wir haben nun, was Ihnen längst bekannt ist, in Württemberg eine Partei, die das württembergische Volk dazu drängen wollte, nur solche Abgeordnete zu wählen, welche das Zollparlament nur als die erste Stufe des Eintrittes Württembergs in den Nordbund ansehen und welche so rasch als möglich unser Land in denselben hineinbringen wollten. Dieser Partei galt es entgegenzutreten. Es war zufällig, daß wir in Württemberg eine Regierung haben, die gleichfalls dieser Partei entgegengetreten ist. Sie werden uns nicht eines Abfalles von unseren Grundsätzen beschuldigen können, weil die ganze Situation ein gemeinsames Zusammengehen gegen diesen Feind zur Nothwendigkeit machte. Meine Herren! So haben wir auch unser Mandat aufgefaßt. Wir sind hierher gekommen, um den Gesinnungen, welche die Mehrzahl des deutschen Volkes in Beziehung auf die deutsche Frage und auf die Auffassung des sogenannten Einheitswerkes des Nordbundes hat, um diesen Gesinnungen Ausdruck zu geben in dem Zollparlament, und da, wo es uns fehlt vergdännt sein würde, zu unseren deutschen Brüdern zu reden. Wir sind gekommen, um im Zollparlament es zu verbinden zu suchen, daß dasselbe benutzt würde zur Erfüllung der heißblütigen Wünsche unserer Preußen in Württemberg. Man hat — ich muß darauf kommen, weil es erwähnt worden ist und weil man es mißverstanden hat, — uns entgegengehalten, als hätten wir etwas unerhörtes Schlimmes gethan, daß wir die Preußen Bettepreußen genannt hätten. Aber, meine Herren, nicht dem preussischen Volke galt diese Bezeichnung, sondern sie galt unseren Preußen in Württemberg, als ein würdiger Ausdruck dafür, daß sie sich in den norddeutschen Bund hineinbetteln wollten. Wir wollen auch nicht zu den Mißpreußen gehören, so heißen wir diejenigen, die zu dem Eintritte in den Nordbund gezwungen worden sind. Darum sind wir hierher gekommen, gegen eine weitere Verpreußung Süddeutschlands zu protestiren. So meine Herren, fassen Sie unser Verhalten bei der Adress-Debatte auf, so fassen Sie den Protest auf, den wir beschlossen hatten für den Fall, daß nicht zur einfachen Tagesordnung über die Adresse übergegangen würde. Meine Herren, wir sind weit her gekommen, um uns in die Reihen aller derjenigen zu stellen, welche dagegen kämpfen, daß das deutsche Volk mit neuen Lasten bedrückt werde. Es sind der Lasten genug im Süden und im Norden und es kann nicht die Aufgabe der Volksvertretung sein, mitzuwirken an dem unendlichen Druck, der nicht die Wohlfabrik und die Freiheit, sondern die Unterdrückung bringt. Wir sind gekommen, um mit Ihnen, mit der norddeutschen Demokratie einen Allianzvertrag einzugehen. (Lebhafter Beifall.) Sie haben mit uns einen gemeinsamen Feind. Mit Ihnen wollen wir uns verbünden, deswegen sind wir in diese Versammlung gekommen, und der Wiederhall, den die Worte, die aus unserem Munde geflossen sind, bei Ihnen finden, der beweist Ihnen, daß Ihre Herzen bereit sind, mit uns eine Allianz einzugehen. Wenn die süddeutsche und norddeutsche Demokratie mit einander das Ziel verfolgt, das sie stets im Auge haben muß, dann werden wir auch die Saat der Freiheit noch ausgeben sehen. Und wenn es da, wo das Parlamentes steht und uns winkt, dann werden wir ihr folgen. (Bravo.)

Herr Dr. Castan aus Berlin: (Die Versammlung ist gleich von Anfang an sehr unruhig, unterbricht den Redner zu wiederholten Malen, derselbe ist deshalb, zumal er aus der Mitte des Saales spricht, der Berichterstatter im Zusammenhange nicht recht verständlich.) Der letztere Redner sagte: „Wir sollen uns mit ihm vereinigen. Meine Herren, so lange noch solche Mächte, wie Frankreich und Rußland uns gegenüberstehen, können wir uns nicht mit Mächten vereinigen, die 1866 auf der Seite von Oesterreich gestanden haben. (Ver-

einzelter Beifall, großer Widerspruch und Lärm.) Ich bin wahrlich kein Verehrer der Blut- und Eisen-Politik Bismarcks; aber als 1866 die Verhältnisse aufs äußerste gespannt waren, welches süddeutsche Blatt trat da wohl für die Einheit Deutschlands ein? — Blicher Preußenhaß wurde überall gewredigt, die Zerrückelung Preußens war die Parole (Großer Lärm, die Ausführungen des Redners sind schwer verständlich). Berlin wollten sie plündern. (Große Unruhe.) — Eine Partei, die sich bloß in der Negative verhält, hat im Volke keinen Boden. Wir haben heute von vielen Rednern gehört, was sie nicht wollen; von Keinem aber, was er will. (Beifall, Unruhe.) Es ist sehr billig zu reden von der Hausmacht der Hohenzollern. Ich bin wahrlich keiner von denen, die von Loyalität übersiechen; wer aber derartige Dinge sagt, leugnet die bekanntesten historischen Thatfachen. Eine hohenzollernsche Hausmacht in dem Sinne der habsburgischen Hausmacht gibt es nicht. — Ich vermiße jede positive Forderung von Seiten der süddeutschen Demokratie. Wenn sie sagen: „Wir wollen nicht in den norddeutschen Bund“, so mögen sie Recht haben. Wenn aber der „Beobachter“ bestrittet, daß die Initiative zur Einigung von Berlin ausgehen könne, so entbehrt er jedes rechtlichen Verständnisses. (Beifall, Unruhe.) Glauben Sie vielleicht, daß von Stuttgart, München, Karlsruhe oder Frankfurt die Initiative ausgehen könne, angesichts der europäischen Mächte Frankreich und Rußland? (Beifall, Widerspruch.) Die Initiative in der nationalen Frage liegt einzig und allein in Berlin. (Beifall, heftige Unterbrechung, Ruf: Schluß, Schluß.) Hinter derartigen Redensarten „hohenzollernscher Hausmacht“ etc. steckt vielleicht ein Gedanke, den man sich nur auszusprechen scheut; der Gedanke heißt: „Die deutsche Republik.“ — Diesen Gedanken acceptire ich. — Nur mit diesem Hintergedanken hat ein solches Programm Sinn. Aber eine Republik macht man nicht ohne Republikaner. 1848 ist das Volk vor den Thronen stehen geblieben; deshalb giebt es heute nur noch eine Alternative: die Einigung Deutschlands trotz der Süddeutschen durch Preußen; und — eine hohenzollernsche Hausmacht ist mir schließlich doch noch lieber, als eine zähringer oder mittelbacher Hausmacht. (Vereinzelter Beifall und heftiger Widerspruch.)

Nachdem Herr Heinich den Vorschlag übernommen, ergreift das Wort Herr Alexander Jonas: Wenn der Herr Beredner nur einen großen Staat will, dann gebe er nach Rußland; dort hat er einen großen Staat (Beifall); oder lieber nicht nach Rußland, da dort die Freiheit schon zu tagen beginnt (Beifall), sondern nach China, das ist noch größer (Heiterkeit); vielleicht findet er dort sein Ideal verwirklicht. — Das, was wir Jahre lang erstrebt haben, wird nimmermehr zur Wahrheit auf dem Wege von Blut und Eisen. (Beifall.) Dadurch kommen wir nur auf den Boden des Cäsarismus. — Ein Staat wird nie zur vollen Macht gelangen, der nicht frei ist. Einzig und allein durch gemeinschaftlichen Kampf der demokratischen Partei in ganz Deutschland ist es möglich, die Freiheit und ein menschenwürdiges Dasein zu erringen. Wer das nicht glaubt, der thut besser daran, wenn er ruhig nach Hause geht, ein Gelübde ablegt unter dem Bildniß Bismarcks und sich sein Deutschland in der Phantasie bildet. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem es Herr Desterlen für nöthig befunden, sich gegen den „Vorwurf republikanischer Gesinnung“ zu vertheidigen, ergreift das Wort

Herr Dumay: Es habe ihn eigenthümlich berührt, daß man auf die Ergründungen von 1866 mit so vieler Empfindung hinweise, der Erfolg thue gar nichts zur richtigen Beurtheilung einer Handlung. Eben so wenig, wie ein freier Mann eine folgenreiche Handlung einer Regierung loben dürfte, wenn sie unrecht sei, dürfe er eine gute Handlung verurtheilen, wenn sie mißlingt. Er verweist als auf den alleinigen richtigen Maßstab auf die vor Beginn des Krieges in Königsberg angenommene Resolution, welche lautet: „Jeder Krieg ist unsittlich.“ und die beantragt werden war von Johann Jacoby. (Beifall.)

Es erhält nun das Wort der Abg. Liebknecht: Wenn Hr. Castan die Existenz einer hohenzollernschen Hausmachtspolitik bestrittet, so schlägt er der preussischen Geschichte ins Gesicht. Das Jahr 1866 sei kein segensreiches gewesen. Preußen habe auch nichts damit gewonnen, als Hungernoth. Wer hat durch den Krieg gewonnen? Das preussische Heer und das österreichische Volk; wer sei besiegt? Das österreichische Heer und das preussische Volk. (Lebhafter Beifall.) Die Demokratie aller Länder habe einen gemeinsamen Feind. Ihr Ziel sei überall dasselbe; in Süddeutschland sei es ihr gelungen, einen Theil der Freiheiten zu erringen; aber Preußen und die hohenzollernsche Hausmachtspolitik lasse kein freies Deutschland aufkommen, sei das Hinderniß der deutschen Einheit. „Rege jeder vor seiner Thür!“ das

*) Die Liebknecht'sche Rede, die von den preussischen Blättern aus preßvollzeitlichen Bedenken nur sehr verstümmelt wiedergegeben ward, theilen wir in nächster Nummer nach dem stenographischen Bericht mit. Alle andern Reden sind stenographisch wiedergegeben.

rufe er der preussischen Demokratie zu. „Zerstören Sie bei sich in Preußen den Militarismus, der das Volk ausraubt, der Sie und uns unterdrückt. — Hier in Berlin steht der Hauptfeind der deutschen Einheit und Freiheit, Sie stehen ihm Angesichts zu Angesichts gegenüber, thun Sie Ihre Pflicht.“ (Stürmischer Applaus). — Ein Antrag auf Schluß wird wieder abgelehnt.

Hr. Stephanus (Redacteur der „Zukunft“): Hier sollte ein Einigungswerk herbeigeführt werden, und er begreife nicht, ob Hr. Castan aus eigenem Antriebe hierher gekommen oder hierher geschickt worden sei. Das sei Verriath an der deutschen Einheit. Redner beantragt, daß von den Norddeutschen und Süddeutschen je drei Deputirte gewählt werden sollen, welche ein Programm der deutschen Demokratie zu entwerfen und dasselbe einer späteren Versammlung zur Beschlußnahme zu unterbreiten hätten, um auf diese Weise die Einheit durch das Volk anzubahnen.

Hr. Wilhelm*) will einen solchen Programm-Entwurf vorlesen, die Versammlung will ihn aber nicht hören. Er meint sodann, die hohenzollerische Politik sei nicht, wie Hr. Liebtnecht meine, nur Saupolitik gewesen. Er will noch weiter sprechen, bleibt aber bei der Unruhe der Versammlung, die fortwährend nach Schluß ruft, ganz unverständlich, ebenso Hr. Lippert (Zimmergeselle aus Schleswig-Holstein), der aber jetzt, wie er sagt, „Preußens durch Menschenhandel an dem auch der Abg. Dr. Waldeck sich betheiligt“, geworden. Er bittet das preussische Volk, in sich zu gehen und die Menschenrechte an andern Stämmen zu achten, sonst werde Deutschland nie zur Einigung gelangen. Der Schluß wird jetzt angenommen. Der Antrag Stephanus' wird sodann mit einem Amendement angenommen, dahingehend, daß das Comité, das die Versammlung eingeladen, beauftragt werde, sich durch süddeutsche Abgeordnete zu verstärken und ein demokratisches Programm auszuarbeiten.

Hiermit ist die Debatte geschlossen, und nach einer kurzen, aber sehr stürmischen Scene, in der von Dr. Max Hirsch (bei der „Volkszeitung“) gegen Hrn. Jonas der Vorwurf erhoben wird, daß unter seiner Leitung es möglich geworden ist, der Abg. Dr. Waldeck der Theilnahme am „Menschenhandel“ zu bezichtigen, Max Hirsch aber nicht zum Worte kommen konnte, wird die Versammlung unter begeisterten Hochrufen auf die Abgeordneten der Volkspartei geschlossen.

Die Volkspartei im Zollparlament.

Gegen die Tabaksteuer sprach der Abg. Bebel (Sizung vom 15. d. Mts.):

Meine Herren! Als vor einigen Jahren von gewisser Seite für eine Einigung Kleindeutschlands unter Preussischer Spitze agitirt wurde, da war es eins der beliebtesten Schlagworte, womit man die Bevölkerung dafür zu interessiren suchte, daß man sagte: gelingt es uns, so wird nicht nur die Machtstellung Deutschlands nach außen hin bedeutend wachsen, sondern es wird das auch vor allen Dingen dazu beitragen, eine wesentliche Verminderung und eine gerechtere Ausgleichung der Steuerlasten herbeizuführen. Nun ist, meine Herren, schneller, als sich vielleicht die meisten Herren von damals haben träumen lassen, dies bis zu einem gewissen Grade zur Wahrheit geworden. Aber schon die Konstituierung des Norddeutschen Bundes hat gezeigt, daß von einer Verminderung der Lasten keine Rede war; eine Gleichmäßigkeit ist allerdings erzielt worden und zwar dadurch, daß man die Lasten eben gleichmäßig gemacht, aber bedeutend erhöht hat. Und selbst, meine Herren, derjenige Staat, der bis dato vorzugsweise diese Lasten getragen, der Preussische Staat mit seiner Bevölkerung, er hat nicht nur nichts dadurch profitirt, sondern ist im Gegentheil noch höher belastet worden.

Meine Herren, in demselben Augenblicke, wo die Vertreter von Südwestdeutschland hierher kommen, um mit uns gemeinsam zu beraten, ist das erste, was man ihnen gewissermaßen als Morgengabe entgegenbringt, abermals eine ganz bedeutende Erhöhung der Lasten.

Abgegeben davon, meine Herren, daß ich von meinem Standpunkte prinzipiell gegen jede Mehrbelastung des Volkes durch Steuern mich verwahren würde, muß ich dies ganz besonders bei einer Steuer thun, die eine indirecte ist und als solche namentlich die ärmeren Klassen des Volkes in ganz unverhältnißmäßiger Weise trifft.

Der Herr Abgeordnete Grumbrecht hat allerdings behauptet, das sei nicht wahr, aber die Gründe, die er dafür angeführt hat, haben mich wenigstens nicht überzeugt, und mir scheint auch, daß er sich mit allen volkswirtschaftlichen Autoritäten in starken Widerspruch setzt, wenn er sagen will, daß eine indirecte Steuer das niedere Volk und die arbeitenden Klassen überhaupt nicht am härtesten treffe. Selbst

der Herr Bundescommissar, der vorher gesprochen und der meines achtens sehr viel behauptet hat, hat doch zu einer solchen Höhe der Behauptung sich nicht vertheigen können.

Aber, meine Herren, noch in einer andern Beziehung ist die Tabaksteuer eine ungerechte. Wenn der Herr Abgeordnete Grumbrecht angeführt hat, daß, wenn man Salz, Kaffee &c. besteuere, man ja auch den Tabak besteuern könne, der doch nur ein Genussmittel ist, nun, meine Herren, dann weiß ich wahrhaftig nicht, was ich zu solchen Gründen sagen soll. Wenn man deshalb, weil einige Artikel mit directen Steuern belegt sind, die Jeder verurtheilt, auch noch andere besteuern will, so würde das für mich eher ein Grund sein, gegen die neue Steuer zu stimmen und zwar um so mehr als von keiner Seite uns in Aussicht gestellt ist, daß man andere indirecte Steuern und namentlich die drückendste aller Steuern, die Salzsteuer, zu ermäßigen gedenkt. Indem aber der Tabak ohne Rücksicht auf die Qualität nach dem Gewichte und nach dem Flächeninhalt des betreffenden Ackerfeldes besteuert wird, werden die ordinären Sorten, die doch vorzugsweise von dem armen Manne konsumirt werden, von der Steuer in derselben Höhe betroffen, wie die feineren Tabake, die nur der Wohlhabende verbraucht. Es wird also der arme Mann durch die Steuer doppelt und dreifach belastet.

Meine Herren! Was kann diese exorbitante Erhöhung der Steuer bezwecken? Zweierlei: erstens, daß der Konsum des Tabaks bedeutend eingeschränkt wird, und zweitens, daß da die unbemittelten Klassen sich schwerlich dazu entschließen werden, das einzige Genusmittel, was ihnen factisch geblieben ist, aufzugeben, und da sie doch nicht mehr Geld dafür ausgeben können, sich mit schlechterer Qualität begnügen müssen. Dadurch wird der Fälschung Eßur und Tabak geöffnet, und der Grund, der in den Motiven für die Steuer angeführt ist, daß man aus sanitätlichen Rücksichten es schon für angemessen erachtet, eine Erhöhung der Tabaksteuer eintreten zu lassen, wird in das gerade Gegenteil umschlagen; denn ein großer Theil der Bevölkerung wird ein weit schlechteres, ungesünderes Kraut, als das bisherige war, verdampfen müssen.

Tritt aber der Fall ein, — und der Fall tritt sicher ein, das ist selbst von meinem Vorreiter, der sich für die Vorlage hatte einschreiben lassen, anerkannt worden, — daß der Konsum bedeutend durch die exorbitante Erhöhung der Steuer abnimmt, so ist die notwendige Folge, daß ein großer Theil der Bevölkerung, der sich gegenwärtig mit dem Tabakbau und namentlich mit der Fabrikation von Cigarren und Tabaken beschäftigt, außer Brod gesetzt, oder wenigstens in seinem Verdienst wesentlich geschwächt wird, und ich glaube, daß bei der bedeutenden Ausdehnung, welche der Tabakbau und die Tabakfabrikation gerade in Deutschland gewonnen hat, das ein Schritt ist, den man sich zwei und dreimal überlegen sollte. Ich will ganz davon absehen, wie groß die Zahl der Tabakbauenden Bevölkerung ist in denselben Ländern, die durch die Erhöhung der Tabaksteuer am wesentlichsten betroffen werden, in den Südwestdeutschen Staaten, es wird im ferneren Verlauf der Debatte einer oder der andere Abgeordnete aus jenen Staaten Gelegenheit haben, hierauf näher einzugehen. Ich will nur anführen, daß z. B. in Sachsen nicht weniger als 11,000 Familien durch die Tabakproduktion ihr Brod finden und, meine Herren, wenn nur ein geringer Theil von diesen aus der Arbeit kommt oder in ihrem Verdienst geschwächt wird, so ist das immerhin ein Resultat, das nicht so leicht zu nehmen ist, am allerwenigsten in einer Zeit wie die jetzige, wo wir seit Jahren bereits in einer großen geschäftlichen Kalamität uns befinden und die Löhne der Arbeiter auf das niedrigste Maß reduziert sind. Meine Herren! Das Wenigsten von Ihnen haben einen Begriff, mit welchen geringen Mitteln ein Arbeiter in der jetzigen Krisis auskommen muß, wo trockenes Brod, ein Gebräu, das man Kaffee nennt, aber nicht den Namen verdient, und trockene Kartoffeln das Einzige sind, was er tagtäglich als Nahrungsmittel zu sich nimmt. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, daß dies keine Uebertreibung ist. Es sind Hunderttausende, die sich auf diese Weise ernähren, und viele Tausende haben nicht einmal das. Meine Herren! Ich meine, daß man in dem vorliegenden Falle sich wohl überlegen sollte, ob eine solche Steuer einzu führen ratsam ist. Es kommt noch hinzu, daß schon jetzt die indirecten Steuern mit einer Wucht auf dem Volke lasten, daß es meines achtens gefährlich ist, diese abermals zu erhöhen. Man sagt immer von Seiten der Regierungen: ja wir brauchen Geld, wir haben durch den Tarif, durch den Oesterreichischen Handelsvertrag so und so viele Ausfälle gehabt; diese müssen ersetzt werden. Nun ist schon von verschiedenen Seiten nachgewiesen worden, daß die Ausfälle keinesfalls so bedeutende sein werden, daß die Ausfälle keinesfalls namentlich die Ausfälle auf Wein, Leinengarn und Eisen werden durch eine Mehreinfuhr wieder vollständig ersetzt, und bringen diese Beträge von den Ausfällen in Abzug, dann ist die noch zu deckende Summe jedenfalls eine sehr geringfügige, namentlich geringfügig im Verhältniß zu der Bevölkerung, die dabei theilhaftig ist.

*) Eine Erklärung desselben werden wir in nächster Nr. bringen.

Wenn aber wirklich zum Schluß des Jahres sich ein Ausfall herausstellen sollte, wenn die vermehrte Einfuhr den Ausfall nicht deckte, man dann dachte ich, hätten wir Mittel und Wege genug, um an einigen unserer Ausgaben zu sparen. Ich meine, daß namentlich in den letzten Jahren der Militäretat zu einer solchen Höhe herangewachsen ist, daß er recht wohl eine Verminderung von ein paar hunderttausend Thalern vertragen kann; und will man sich darauf nicht einlassen, so giebt es noch andere Ausgaben, wo ein Abzug am Plage sein dürfte. Ich will nur als solche geeignete Ausgaben anführen die Bewilligungen unserer Fürsten und die Gehälter der hohen Beamten. Ich denke, das sind Punkte, an denen sich ein Abzug rechtfertigen läßt, ohne daß die Beteiligten zu darben brauchen, meine Herren! Glaubt man hier nicht so vorgehen zu dürfen, nun dann ergreife man einen andern Weg und führe für die Ausfälle in der betreffenden Höhe eine direkte Steuer ein. Diese gehört allerdings nicht zur Kompetenz des Zollparlamentes; indeß, meine Herren, bei der Gefügigkeit, die unsere Landtage in den vergangenen Jahren ihren Regierungen gegenüber gezeigt haben, wenn es sich um Mehrforderungen der Regierungen und Mehrbelastungen des Volkes handelte, zweifle ich keinen Augenblick, daß diese Landesvertretungen sich auch dann wieder willig werden lassen. Diese direkte Steuer wäre insofern gerechtfertigt, als sie erstens nach Höhe des Einkommens bemessen würde, also mit dem gerechtesten Maßstabe, den man sich denken kann, und zweitens hauptsächlich diejenigen Klassen der Bevölkerung trafe, die von Anfang an diesen 1866 als eine große Errungenschaft betrachtet haben.

Ich meine damit die Bourgeoisie, die durchgängig mit sehr wenigen Ausnahmen mit diesen Neuerungen sich zufrieden erklärt hat; diese würde davon betroffen, und ich denke, eben so gut wie der Herr Abgeordnete Grumbrecht vorhin erklärte, er für seine Person sei sehr geneigt diese Steuer zu bezahlen, werden sich auch einige Tausend Andere zu einem gleichen Schritte bereit finden.

Nun ist uns von Seiten des Herrn Bundeskommissars*) vorhin durch eine große Menge von Zahlen zu beweisen versucht worden, wie es absolut unzulässig sei, diese Tabaksteuern zu verwerfen, es müsse Geld herbeigeschafft werden, da die verschiedenen Zoll- und Tarifermäßigungen für die nächsten Jahre bedeutende Ausfälle in Aussicht stellten; er hat weiter angeführt, daß es überhaupt ein sehr verkehrter Standpunkt für das Zollparlament wäre, wenn es sich auf den Boden des Zug-um-Zug-Geschäfts, der Erhöhungen und Ermäßigungen der Steuern stellen wollte, dies sei unzulässig. Es ist noch nicht sehr lange her — damals war der betreffende Herr allerdings noch nicht Bundeskommissar, — da hat er auf einem ganz andern Standpunkt gestanden, und ich werde mir erlauben, Ihnen, meine Herren, hier in Kürze aus einer Schrift, an der er, wenn ich nicht irre, selbst Mitarbeiter ist, einige Stellen aus einer Rede vorzulesen, die er im vorigen Herbst auf dem volkswirtschaftlichen Kongress in Hamburg, wo bekanntlich die Tabaksteuerfrage auch zur Verhandlung gestellt war, als Referent gehalten hat. (Er hat damals, wie es auch in der Resolution ausgesprochen ist, sich bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen auf eine mäßige Erhöhung der Tabaksteuer eingehen zu wollen. In dieser Rede heißt es u. A.:

„Die von uns vorgeschlagene Zulässigkeit eines vorübergehenden Zuschlags zu einzelnen Verbrauchssteuern zur Deckung der vorübergehenden Ausfälle muß ich übrigens gegen eine Identifikation mit der neuerdings projektirten Erhöhung der Tabaksteuer verwahren. Man hat die letztere dadurch zu motiviren gesucht, daß die Tabaksteuer in Frankreich 29 Sgr., im Zollverein nur 2 1/2 Sgr. pro Kopf betrage. Allein diese Motivirung entspricht dem volkswirtschaftlichen Programme nicht, welches vielmehr den Anspruch macht, daß, wenn eine Mehrbelastung eines Artikels eintritt, gleichzeitig mit derselben eine solche Entlastung in den übrigen Zöllen und Steuern verbunden sei, die als das Resultat einer Erleichterung des Volkes erscheint.“

Weiter heißt es:

„Mit einer einseitigen Erhöhung der indirekten Steuerlast darf ein Finanzminister jetzt nicht mehr hervortreten. Seitdem der erleichternden Steuerreform die Wege geebnet sind, muß auch ein etwaiger Mehrbedarf unter gleichzeitiger Erleichterung der Steuerlast im Ganzen ausgebracht werden. Daran muß die volkswirtschaftliche Agitation unbedingt festhalten. Auf diesem Wege der erleichternden Steuerreform ist in England Ungeheures geleistet worden.“

Es wird uns also, meine Herren, hier England als ein nachschonungswerthes Beispiel hingestellt, was vorher der Herr Bundeskommissar zu bestreiten versucht hat. Es heißt weiter:

*) Michaelis, ein Nationalist und „Freihändler“, der den Rath gehabt hat, offen in Biernard's Sold zu treten, und darum von den verschämten Soldnern des „genialen Staatsmanns“ stark angefeindet wird.

„Unter Gladstone's Finanz-Verwaltung sind im Ganzen 12 Millionen Pfd. Sterl. pro Jahr an Steuern aufgehoben, dagegen betragen die Steuererhöhungen und neu eingeführten Steuern circa 2 Millionen Pfd.“

Also es war in England gerade das umgekehrte Verhältnis wie bei uns, dort hat man nur 1/6 neuer Steuern eingeführt, bei uns schlägt man das Doppelte des Ausfalls an neuen Steuern vor.

Ich lese weiter:

„Es hat also eine Erleichterung des Volkes um 10 Millionen Pfd. stattgefunden, ein Betrag, der ungefähr unserem Bundesarmee-Budget gleichkommt. Außerdem ist die Einkommensteuer um 1 Penny ermäßigt worden. Und dabei haben die Einnahmen sich um 1 1/2 Millionen Pfd. vergrößert, sind bedeutende Mehrausgaben für Armee und Flotte gemacht und bedeutende Tilgungen an der Staatsschuld vorgenommen worden! Das sind die Folgen einer erleichternden Finanzpolitik, die wir auch bei uns verlangen müssen.“

So großartig freilich wie in England kann der Erfolg bei uns nicht sein wegen des Unterschiedes in dem bestehenden Steuersystem. In England ist diejenige Verbrauchsabgabe, welche eine im Verhältnis zum Werthe des besteuerten Artikels sehr große Höhe erreichte, die Tabakabgabe. Bei uns ist es die Salzsteuer. Während aber der Tabakverbrauch bei eintretender Herabsetzung der Steuerlast einer bedeutenden Zunahme fähig war, so hat der Salzverbrauch seine bestimmte Grenze. Der Tabak-, Thee- und Kaffeesumum mag bei verringerten Preisen zunehmen, aber die Suppe werden wir uns, und wenn das Salz noch so billig ist, niemals versalzen. Der Vorschlag, unter Beseitigung der Salzsteuer die Tabaksteuer zu erhöhen, um hierdurch auf das Prinzip des Englischen Tarifs zu kommen, liegt nicht vor. Neben der hohen Salzsteuer eine hohe Tabaksteuer eintreten zu lassen, das hieße der Reform die Zukunft verschließen, und, indem man bei guten Zeiten die Steuerquellen erschöpft, für schlechte Zeiten sich die Reserven, zu welchen man seine Zuflucht nehmen könnte, vorwegnehmen. Wir dürfen also für die Tabakabgabe das Prinzip einer mäßigen Besteuerung des Verbrauchs nicht verlassen, wir dürfen ferner keine Steuerreform gut heißen, welche einen vegetarischen Charakter gegenüber der Produktion oder dem Vertriebe annimmt.“

Meine Herren! Der Herr Bundeskommissar hat also vor circa 7 Monaten in eine mäßige Erhöhung der Tabaksteuer nur unter der Bedingung eingewilligt, daß namentlich die sehr drückende Salzsteuer ermäßigt werde; davon ist aber jetzt bei uns nicht mehr die Rede. Man hat sogar noch vor wenigen Monaten, als im Reichstage Anträge auf die Ermäßigung der Salzsteuer gestellt wurden, sich entschieden dagegen verwahrt, und die große Majorität des Reichstags hat wie gewöhnlich die Vorlage der Regierung gut geheißen. Meine Herren! Der Standpunkt des Bundeskommissars von damals und jetzt ist jedenfalls charakteristisch. Wenn man nun weiter angeführt hat, wie namentlich durch die Ermäßigung des Portofalles bedeutende Einnahmeausfälle entstanden seien, so muß ich doch bemerken, daß trotz dieser Ermäßigung einzelne Länder sich eine bedeutende Erhöhung des Portofalles haben gefallen lassen müssen, also folgerichtig nach der Logik des Herrn Bundeskommissars gegenüber dem Ausfall dort eine Mehreinnahme erzielt werden müßte; das gilt von Sachsen und den Thüringischen Staaten. Außerdem meine Herren, ist zu berücksichtigen, daß gerade die gegenwärtigen Zeitverhältnisse allerdings für eine Mehreinnahme aus den Pöts nicht geeignet sind. Denn da, wie ich schon vorhin anführte, Handel und Verkehr im Allgemeinen darniederliegen, so folgt daraus auch nothwendig, daß der Brief- und Paketverkehr ein geringerer sein muß. Da aber solche Zustände nicht ewig bleiben können, und nicht bleiben sollen, also vielleicht in der nächsten Zeit schon die Verhältnisse sich ändern werden, so ist zu erwarten, daß statt eines gefährdeten Ausfalles wenigstens in den nächsten Jahren eine Mehreinnahme auch aus der Postverwaltung, wie dies ja in England schon lange trotz des sehr ermäßigten Portos der Fall ist, erzielt wird. Und, meine Herren, da wir obendrein heute die Tabaksteuer nicht bloß für ein Jahr oder für die Zeit bewilligen sollen, bis zu welcher sich der durch die Zollermäßigung etwa entstehende Ausfall durch vermehrte Einfuhr deckt, da vielmehr die Steuer als eine immer bestehende soll angenommen werden, so bitte ich Sie, gegen die Vorlage zu stimmen. (Bravo!)

In der Debatte über den Handelsvertrag mit Oesterreich sprach der Abg. Reinde (Sitzung vom 18. d. Mt.):

Meine Herren! In der neunten Plenarsitzung sagte der Abgeordnete für Donaubrück (Miquel) unter Anderm Folgendes:

„Der Deutsch-Oesterreichische Handelsvertrag ist uns gewissermaßen vor die Füße geworfen, wir haben keine Zeit gehabt,

die Sache gründlich zu prüfen; die beteiligten Interessenten sind weder vorher gehört, noch haben sie hinterher ihre Interessen geltend machen können.“

Er sagte ferner:

„Meine Herren! Ein so wichtiger Vertrag wie dieser liegt, wenn ich nicht irre, seit 4 Tagen der Vertretung der Nation vor; vorher kannten ihn weder die beteiligten Industriezweige, noch wir, Niemand als der grüne Tisch war von seinem Inhalt unterrichtet. Jetzt sollen wir über diesen Vertrag, nachdem wir kaum die Möglichkeit gehabt haben, ihn gründlich in seinen einzelnen Bestimmungen zu studiren, da uns die Möglichkeit nirgends geworden ist, die beteiligten Interessenten zu hören und von ihren Wünschen Kenntniß zu nehmen, über diesen Vertrag definitiv urtheilen.“

Meine Herren! Ich muß sagen, diese Lage der Dinge ist für die erste Vertretung in Zollsachen nicht sehr würdig.“

Ich habe nicht gehört, meine Herren, daß von irgend einer Seite des Hauses Widerspruch gegen die Auslassung erhoben ist, und ich glaube deshalb zu der Annahme berechtigt zu sein, daß das hohe Haus sich mit diesen Ausdrücken einverstanden erklärt. Diese Prämissen —

Präsident (Den Redner unterbrechend): Das waren Aeußerungen, die vor der Beratung fielen und damals unbedenklich waren; nachdem das Haus aber die Beratung beschlossen hat und in dieselbe eingetreten ist, halte ich die Aeußerung nicht mehr für zulässig.

Abgeordneter Dr. Reinde (fortfahrend): Ich wollte nur konstatiren, daß das Haus gegen diese Aeußerung keine Einwendung erhoben hat. Das ist unbedingt faktisch richtig; diese Prämisse als richtig vorausgesetzt, meine Herren, kann ich mich nun aber nicht in derselben Weise damit einverstanden erklären, daß wir uns heute über diesen Vertrag schlüssig machen sollen. Denn sind diese Auslassungen richtig, so treten wir mit unsern Handlungen in Widerspruch mit unsern Meinungen. Es liegen hier Verhältnisse vor, die ich nicht rein vom prinzipiellen Standpunkt entscheiden kann, wie z. B. die Vorlage über die Tabaksteuer war und die Vorlage über die Petroleumsteuer sein wird. Wenn ich einfach auf dem prinzipiellen Standpunkte stehe, daß ich jede neue indirekte Steuer für gemeinschädlich halte, dann kann ich für eine solche Vorlage nicht stimmen und der Inhalt hat für mich kein historisches Interesse. Anders aber, meine Herren, liegt es hier. Hier handelt es sich um gegebene Verhältnisse, welche die notwendige Folge einer bestimmten gegebenen historischen Entwicklung waren, und wenn ich auch dem Prinzip nach Freihändler bin, wenn ich es auch schärflichst herbeiwünsche, daß schließlich einmal eine Zeit eintritt, wo die Zölle fallen, so bin ich doch in meiner Lage verantwortlich dafür, daß augenblicklich in der gegenwärtigen schweren Zeit vielleicht Millionen in einen höchst bedrängten Zustand versetzt werden. Ich bin also nicht in der Lage, darüber zu urtheilen: wird in der gegenwärtigen Zeit die Vollziehung dieses Vertrages für die Mehrzahl der Bewohner günstig oder ungünstig sein? Ich muß das zunächst vollständig dahin gestellt sein lassen, so lange bis weitere Ermittlungen angestellt sind. Nun hat es aber dem Zollbundesrath nicht beliebt, irgend eine Enquête zu veranlassen; ich meine dabei nicht eine Enquête von rein Interessenten und Sachverständigen — darüber sind uns ja verschiedene Vorlagen zugegangen, auch mit einzelnen Zahlen versehen. Aber, meine Herren, wenn ich auch die Statistik als die einzige Grundlage anerkenne, aus der wir unsere Schlussfolgerungen ziehen können, so sind doch die Zahlen, die uns hier in den Zusendungen gegeben sind, — ich habe hier z. B. in der Hand den Vortrag eines der Delegirten des zollvereinsländischen Eisenbüttenvereins — ebenso wenig als maßgebend zu erachten, wie die Berichte der Handelskammern, welche der Herr Kommissar des Zollbundesraths ja selbst bereits in ihrer Bedeutung gewürdigt hat. Es ist z. B. unter diesen Firmen hier aufgeführt: Carl Rüd u. Co. in Dortmund mit der Bemerkung: arbeitete früher unter der Firma „Paulinenhütte“. Meine Herren! Jeder, der in der Nähe von Dortmund gewohnt hat, weiß, daß jenes Werk gerade zu jenen Schwindwerken gehörte, bei denen die Unternehmer nicht schlecht standen, wohl aber den armen Witwen und Waisen das Geld aus der Tasche gezogen wurde; konnte doch auch, als nachher die Bilanz gezogen wurde, der Verbleib von einigen hunderttausend Thalern nicht nachgewiesen werden. Wo waren die geblieben? Sie waren wahrscheinlich durch den Schornstein gegangen.

Meine Herren! Wenn solche Zahlen aufgestellt werden, dann wird man naturgemäß mißtrauisch gegen die ganze Aufstellung. Also von dieser Seite her hat die Statistik keinen Werth; sie würde nur dann einen Werth haben, wenn, wie ich bereits erwähnte, es dem Zollbundesrath beliebt hätte, eine Enquête zu veranlassen, — wie diese zweckmäßig zusammengesetzt wird, brauche ich hier nicht zu sagen — um die nöthigen Ermittlungen zu machen, und da wären allerdings viele Fragen zu stellen. Ich glaube, daß, trotzdem wir mehrere Autoritäten unter uns besitzen, die in der Statistik einen guten Klang haben, sie nicht im Stande sein würden, diese Fragen genügend zu beantworten. Ich will z. B. Fragen, wie viele Personen leben direkt

oder indirekt beispielsweise von der Eisenindustrie? Und dabei würde nicht allein in Betracht kommen die spezielle Eisenindustrie, sondern auch derjenige Industriezweig, der in engem Zusammenhange damit steht: die Kohlenindustrie. Wie viele Personen leben von der Leinwandindustrie? und dabei würde wieder in Betracht kommen, in wie weit wären Leute des Flachsbauens dabei betheilig. Und, meine Herren, wie stellt sich das Verhältniß heraus, wenn wir diesen Vertrag ändern, wenn wir sagen, wir gefährden möglicherweise die Existenz aller Verzweigungen mit diesen Produktionszweigen in näherem oder entfernterem Zusammenhange stehen; wie stellt sich in Bezug auf zu dem Schaden, den diese Personen möglicherweise erleiden, der Vortheil der Konsumenten heraus? Denn wenn das in keinem Verhältnisse steht, dürfen wir uns mindestens mit der Vollziehung dieses Vertrages nicht übereilen. Ich sehe unter keinen Umständen die Dringlichkeit der Sache so an, daß wir uns heute darüber schlüssig machen müßten, nachdem wir eingeständener Maßen die Vorlagen noch nicht in der Hand haben, auf Grund deren wir ein richtiges unparteiisches Urtheil zu fällen im Stande sind.

Endlich, meine Herren, kommt eine für mich sehr wesentliche Frage in Betracht. Es ist ja nämlich bekannt bei der Eisenindustrie, daß die fetten Jahre die mageren Jahre hindurchziehen müssen. Wie stellt sich dabei die Lage der arbeitenden Klassen zu gestalten? Sind diese während der fetten Jahre — ich will diesen Vergleich beibehalten — auch so gestellt worden, daß sie während der weniger günstigen Jahre einen Ueberschuß haben, von dem sie leben können? Ist die Lage der arbeitenden Klasse durch den Gewinn der Arbeitgeber irgendwie alterirt worden? Darüber haben wir keine Verlage. Ich glaube es nicht hier handelt es sich aber nicht um Glauben, sondern um positive Zahlen. Wer giebt mir diese? Ich glaube, Keiner von Ihnen ist im Stande, die Frage zu beantworten.

Also, meine Herren, ich habe Ihnen nachgewiesen, und es hat sich ja kein Widerspruch dagegen erhoben, daß uns eine Zumuthung gemacht worden ist, die wir — ich spreche natürlich in meinem Namen — die ich also nach meinem Dafürhalten noch nicht zu beantworten im Stande bin. Wenn an mich aber im Privatleben Jemand eine Zumuthung stellt, die ich abweisen zu müssen glaube, so thue ich das nicht allein mit Worten, ich spreche mich nicht allein scharf dagegen aus, sondern ich beschäftige mich gar nicht mit ihr. Das ist die einzige richtige Antwort darauf. Also sind wir heute nur in der Lage, fortzusetzen zu verfahren, wenn wir eine Zumuthung, die wir als nicht forderbar erachten, ablehnen, d. h. uns faktisch nicht mit ihr beschäftigen, und es Betum darüber vertragen. Meine Herren, man hat dem Reichstage nachgesagt, er arbeite gleichsam mit Damystrak; ich glaube, wenn wir in unseren Arbeiten so fortfahren, so wird man vielleicht auch dem Reichstag eine ähnliche Schmeichelei nachsagen. Freilich liegt die Hintergründe der Gedanke, zu prüfen, ob die Quantität auch entsprechend ist der Quantität und der Schnelligkeit der Produktion; es handelt sich nicht allein darum, daß wir schnell arbeiten, sondern daß wir dies auch mit der größten Sorgfalt thun. Wir haben das Mandat von unseren Wählern bekommen, und ich glaube meinen Mandanten dafür verantwortlich zu sein, daß ich mich in meinen Beschlüssen nicht übereile. Wenn wir das nun heute thun, meine Herren, so veranlassen wir den Zollbundesrath, uns in Zukunft ähnliche Zumuthungen zu stellen, und er wird dies gewiß nicht verschlen zu thun, er wird also dann in derselben Weise verfahren, wie es Seitens der Preussischen Minister z. B. dem Abgeordnetenbause geboten worden ist, und wir leitenden Personen, weil die Hauptakteure dieselben sind, die Interessen allein ist ein wenig anders. Außerdem aber glaube ich, daß die höchste Zeit, von dieser Stelle aus anzuerkennen, daß die Wünsche der Fürsten und Regierungen für sich allein ungenügend ist, die Wünsche der Staaten zu bestimmen; die Völker selbst wollen die Gesetze zu schaffen interessiren und widerstrebend jedem Parteigeiste. Staat zu sein, aber, meine Herren, andere civilisirte Staaten scheuen sich nicht, Enquêtes zu veranlassen. Ich weise in dieser Beziehung auf Belgien, England und Frankreich hin; ja gestern lese ich in der Zeitung folgende Stelle:

„Die zur Sammlung der Volkswünsche eingesetzte Kommission des Zürcher Verfassungsraths hat eine öffentliche Aufforderung erlassen, welche mit den Worten schließt: „um den Verfassungsrath in den Stand zu setzen, die Anschauungen der Bürger über die richtigste Gestaltung unserer Fundamentalgesetze vollständig und genau kennen zu lernen, werden Alle, welche ihre Ansichten über die Verfassungsfrage dem vom Volke zur Lösung der Verfassungsgewählten Rathe zur Kenntnisaufnahme und Prüfung vorzulegen wünschen, eingeladen, ihre desfallsigen Begehren mit thunlichster Beförderung der Kanzlei des Verfassungsraths in Zürich einzuzufenden.“

(Schluß der Rede Reinde's, nebst den Reden von Liebnicht, Böhler und Schrapf in nächster Nummer.)

Weisse Sklaven.

XI.

(Schluß.)

Barmen im April.

Sie ersehen aus diesem kurzen Bericht das Lohnverhältniß. Da aber die menschliche Aufgabe ist für Nahrung, Kleidung und Wohnung zu arbeiten, so müssen wir auch hierüber einen kleinen Bericht geben nach Ortsgebrauch — sonst würde das von den Bourgeois hoch gepriesene Wuppertal, verglichen mit den übrigen deutschen Ländern, einen bedeutenden Vorsprung zu haben scheinen, — aber wir, wir Arbeiter des „gesegneten“ Wuppertals, wir wissen so gut wie die Distriktionen von Hunger und Elend zu sprechen. Wir haben kein Geld, die liberale Presse zu sättigen, und wenn wir für einen Zeitungsartikel das Geld zusammenmachen wollten, würden wir trotzdem abgewiesen, weil der Geldsack ein besserer Kunde ist, und so lügen und trügen uns die Zeitungen ins Gesicht.

Lebensmittel und Kleidung und Wohnung sind den höchsten Preisen unterworfen, denn die ganze Spekulation der Bücherer in allen Punkten geht laut Bericht der Zeitungen dem gesegneten Wuppertale zu.

Wir erlauben uns, den Etat einer Familie von 5 Köpfen, d. h. Mann, Frau und 3 Kinder unter 14 Jahren, folgen zu lassen, wobei wir nur an die nothwendigsten Bedürfnisse denken:

wöchentlich:

Wohnung, bestehend aus 1 Zimmer von 11—12 Fuß im Geviert u. 1 Zimmer zum Schlafen von 6—7 Fuß im Geviert, kostet jährlich 45—48 Thlr.	—	Thlr. 24	Sgr. —	Pf. —
Kleidung, gering geschätzt, jährl. 50 Thlr.	—	28	10	—
28 Pfd. Schwarzbrot, à Pfd. 1 Sgr. 3 Pf.	1	5	—	—
2 Pfd. Butter, à 11 Sgr.	—	22	—	—
1 Pfd. Kaffee	—	14	—	—
75 Pfd. Kartoffeln	1	7	6	—
1 Pfd. Salz	—	1	1	—
2 Pfd. Fett	—	12	—	—
1/2 Maß Del	—	5	4	—
1 Scheffel Kohlen	—	6	6	—
Hälsenfrüchte	—	8	—	—
Directe und indirecte Steuern	—	1	3	—
Schulgeld für 2 Kinder	—	3	6	—
Stroh zum Schlafen	—	1	3	—

Also wöchentlich 6 Thlr. 20 Sgr. 3 Pf.

Jetzt haben wir noch nicht einmal Gemüse, Tabak, Cigarren, Fleisch, Milch, Mehl, Eier, Obst, Gewürz, Zucker, Corinthen, Rosinen, Pfeffer, Essig, Baumöl, Salat, Wische, Thran, Feuerhölzchen, Bier, Wein, Schreibmaterial, Schulbücher, noch sonstige Bücher und Schriften — Ausgaben für Gerichtsvollzieher, Executor, Krankenkasse, Doctor, Apotheke, Hebamme u. dgl. — Ausgaben durch Verunglücken, Zerbrechen, Verlieren, Bestrafen in Fabrik und Polizeigerichten — Ausgaben für Reinigung: Seife, Soda, Kalk, Farben, Vertilgungspulver für Wanzen, Flöhe, Matten, Mäuse, Schwaben u. dgl. — Alles das haben wir nicht in unserm Etat. Ja das „gesegnete“ Wuppertal! es ist mit Polen und Ungarn gleich gestellt!

Dazu sollen die Arbeiter für Kirchen- und Schulkollekten bezahlen, es warten Pastöre, Schullehrer, Beamte außer ihren Stolzgebühren auf Trinkgelder. —

Vergleichen wir nun das Einkommen, d. i. den wöchentlichen Verdienst, mit den nöthigsten Ausgaben, so beantwortet

sich die Frage von selbst: Können die Arbeiter ehrliche Menschen sein und bleiben? Ist es ein Wunder, daß der Staat so viele Gefangenhäuser haben muß? Ist es ein Wunder, daß die große Masse von Gefangenen, die da mit Zwang arbeiten müssen, und von denen Viele geschickte Arbeiter sind, durch ihre unter dem Preis verkauften Produkte die kleinen Handwerker ruiniren? Für den kleinen Handwerker ist an und für sich die Gewerbefreiheit der Ruin.

Jetzt erlauben wir uns auch einen Etat der Armenpflege zu geben. Eine Familie von Mann, Frau und 6 Kindern ist veranschlagt auf 3 Thlr. 12 Sgr. Alle, welche an dieser Pflege Theil nehmen wollen, müssen von ihrem Arbeitgeber resp. Fabrikherrn ein Arbeitsbüchdelchen bringen über Dasjenige, was sie die Woche durch verdient haben; was sie weniger verdienen, wie die Tage nach Vorschrift — das wird den Armen gut gethan; wenn der Verdienst einer Familie von 7—8 Köpfen diese Tage erreicht, so bekommt sie nichts. — Wir wollen nun auch Bericht geben über kleinere Familien, indem wir die einzelnen Sätze der Armentaxe pro Kopf geben: Ein Mann ist veranschlagt mit 25 Sgr., Frau 19 Sgr., kleinere Kinder unter 3 Jahren 5 Sgr., größere 10 Sgr. die Woche. Kleine oder große Familien werden nach dieser Taxe unterstützt; nur wenn sie weniger verdienen, so werden sie mit denjenigen Groschen oder Thalern, welche an der Taxe fehlen, unterstützt. Die Leser werden hieraus ersehen, wie wenig wir Arbeiter auf menschliches Leben Anspruch haben. Und hier ist noch zu bemerken: wenn der arme Bedürftige nicht den besten Ruf hat, so ist wenig oder gar keine Gnade für ihn, man giebt dann was man will und reizt ihn geradezu zur Schlechtigkeit.

Wenn man nun den durchschnittlichen Verdienst der Arbeiter betrachtet, so kann doch Niemand streitig machen, daß die größte Zahl der Arbeiter Anspruch, resp. eine Recht dazu hätte, sich von städtischer Armenpflege unterstützen zu lassen — aber dazu gehört auch wiederum ein Character, sich zu demüthigen, sich verachtungswerth hinzustellen, sein Wahlrecht aufzugeben u. s. w.; viel lieber machen die armen Arbeiter es wie die Secunde-Officiere, d. h. sie machen Schulden so gut es geht. Um auf den wöchentlichen Verdienst zurückzukommen, so ist speciell jede einzelne Woche gemeint, d. h. 52 Wochen im Jahr. Nun kosten aber die Lebensmittel jeden Tag, jede Woche (im Jahr 52 Wochen) immer im Jahres-Durchschnitt dasselbe — aber welcher Arbeiter hat im Jahr 52 Wochen Arbeit? Der Eine 50 Wochen, der Andere 40 Wochen, der Dritte 30 Wochen u. s. w. — Wo bleibt allda sein Bestand, resp. seine Ehrlichkeit, sein Menschenthum? — Die Behandlung angehend, so wird mit den Färbern und Riemendrehern in den Fabriken umgesprungen wie mit den Pferden auf der Rennbahn — sie werden getrieben, getrieben und angetrieben, bloß nicht mit der Peitsche. Unter den Riemendrehern sind jetzt noch genug, die keine Mittagsstunde haben, und während ihrer Spulenaufjegerei schnapp! schnapp! einen Löffel voll zu sich nehmen können; ist das Garn schlecht, d. h. leicht brechend, so wird ihr Löffel voll schnapp! schnapp! sicher kalt. Die Lösungstunde ist Abends 9 Uhr in Wochenlohn; wenn es die „günstige Zeit“ mit sich bringt und die Arbeit gut geht, so müssen sie Ueberstunden machen bis 11, 12 und 1 Uhr Nachts — aber Morgens 5 Uhr wieder da sein. —

Zum Schluß betrachten wir noch, wie die meisten Fabriken gebaut sind: Fenster mit eisernen Stangen und Drahtgeflecht — bei vielen nach der neuesten Construction das Licht vom Dache hereinkommend — und alle 4 Wände sind undurchbrochene Mauern, so daß kein Arbeiter mehr durchs Gitter nach Straße

oder dem Hof sehen kann. Der Fabrikkerler wird bewacht von einem Portier, der als Schlüssel-Major sein Wochenlohn erhält und Niemand heraus- und hereinläßt. — Erwähnenswerth ist, daß vor 2 Jahren in der Östermann'schen Kerzenfabrik, welche Fenster mit eisernen Stangen hat, Feuer ausbrach und daß 3 Mädchen (von etwa 20 Jahren) hülfserufend vor den Fenstern standen, aber der Eisenstangen wegen von Außen nicht gerettet werden konnten und ein Raub der Flammen wurden. Was hat die Regierung bisher gethan? — Nichts.

Wir könnten noch viel schreiben, wenn wir Arbeiter richtig das Schreiben gelernt hätten; doch sind wir der Meinung, daß Sie ein genügendes Bild schon hieraus entnehmen können, und bitten Sie, alle freie Zeitungen aufzufordern, in unserm Namen und auf unsere Verantwortung diesen Artikel aufzunehmen, damit Licht verbreitet werde über das „gesegnete“ Wupperthal und die Lage der arbeitenden Classe.

Gruß und Handschlag.

Aus England.

London, den 25. Mai.

Der Hader im Parlament dauert fort. Da das vereinigte britische Königreich noch immer aus drei, in mancher Hinsicht gesonderten Königreichen besteht, so haben nicht alle Gesetze für alle Theile gleiche Gültigkeit. So gilt die Reformbill von 1867 nur für England; für Schottland und Irland bedarf es besonderer Gesetze. In der vorgeschlagenen Reformbill für Schottland wird eine Vermehrung der Anzahl der Vertreter beantragt. Die Regierung wollte dieselbe durch eine Vermehrung der Gesamt-Mitgliederzahl des Parlaments überhaupt bewerkstelligen. Das Haus beschloß vorigen Montag mit 217 gegen 196 Stimmen, 10 englischen Städten, die weniger als 5000 Einwohner haben, das Recht der besondern Vertretung zu entziehen. Nach dieser Abstimmung verloren sich die Mitglieder allmählig. Später wurde eine Klausel (welche bestimmt, daß nur Hausbesitzer, die Armensteuer bezahlen, Wähler sein sollen) mit 118 gegen 96 Stimmen verworfen. Disraeli verlangte Bedenkzeit wegen dieser Abstimmung und versprach das Resultat am Donnerstag Abend mitzutheilen. Am Donnerstag Abend erklärte er, daß das Ministerium den ersten Beschluß annehme, den zweiten aber einer Wiederberathung unterwerfen müsse, weil das englische Gesetz die Bezahlung der Armensteuer bedinge, und das Haus bei der in Rede stehenden Abstimmung zu schwach besucht gewesen. Diese Erklärung gab Veranlassung zu einer widerlichen Zänkerey, welche damit endete, daß der Parlaments-Clown Osborn (der so still war wie ein Mäuschen, so lange er eine Anstellung hatte) nach allen Seiten um sich schlug und mit folgenden Worten schloß: „Laßt die streitenden Parteien gegenseitig über-einkommen, das Parlament in Bälde zu Ende zu bringen, passiert die schottische Reformbill, macht diesen elenden Diskussionen und diesem noch elenderen Parlament ein Ende!“ John Bright erklärte vor einiger Zeit, wenn man eines schönen Morgens die ersten 658 Männer, welche durch ein altes Stadthor passiren, aufgriffe und sie ins Unterhaus schickte, würde ein ebenso gutes Parlament zu Stande kommen wie das heutige. Aber der Wind hat sich gedreht, die Liberalen haben die Majorität, Gladstone ist ihr Allah und Bright sein großer Prophet geworden, daher hat er nur noch moralische Entrüstung gegen das Tory-Ministerium.

Die neue Grenzbestimmung der Wahlbezirke ist unter beiderseitiger Zustimmung einem Comité von Fünf übergeben worden. Die britischen Wähler sind nicht wie die preussischen in Klassen, sondern in Gattungen, d. h. in ländliche und städtische, eingetheilt. Als es Edward I. in seinen Kriegen zu mühsam

sand, Steuern von seinen Lehnsmännern und freien Bürgern im Kleinen einzutreiben, verließ er 1296 zwei Deputirte aus jeder Grafschaft und zwei aus jeder „Burg“ ins Parlament, mit der besondern Weisung, daß sie mit hinreichender Vollmacht versehen sein sollten, den Forderungen des Königs in Betreff der Steuerbewilligung nachzukommen. Erstere vertraten diejenigen Lehnsmänner der Krone, die zu arm waren sich auf eigene Kosten zu rüsten und mit dem König zu Felde zu ziehen. Letztere vertraten die freigewordenen Sklaven und Leibeigenen, die sich unter königlichem Schutz als Handwerker innerhalb der Ringmauern der königlichen Burgen angesiedelt hatten. Dieses ist die Grundlage des heutigen Unterhauses und seines absoluten Rechts der Steuerbewilligung. Das Unterhaus hat im Laufe der Geschichte die Oberherrschaft im Staate errungen, seine ursprüngliche charakteristische Theilung in ländliche und städtische Vertreter ist geblieben. Die ländlichen Grafschaften haben sich größtentheils in entvölkerte Viehweiden und Hüdenfelder, die „Burgen“ in dicht bevölkerte Centralpunkte der modernen Industrie verwandelt. Viele der alten „Burgen“ haben noch heute die alten Municipal-Grenzen. Die Altstadt (City) der heutigen Riesen-Metropole London mit ihren 3,000,000 Menschen zählt kaum über 100,000 Einwohner. Der Oberbürgermeister von London vertritt $\frac{1}{24}$ der modernen Hauptstadt, und hier beginnt der Grenzstreit. Außerhalb der feudalen Ringmauern sind die freien Grundeigenthümer Wähler für die Grafschaften. Anfangs des 15. Jahrhunderts waren die königlichen Lehen so klein geworden, daß es Heinrich IV. für nöthig fand, das Wahlrecht auf Leute zu beschränken, deren Landbesitz jährlich 40 Schillinge (13 Thlr. 10 Ngr.) werth war. Dazu gehörte ein Gut von ungefähr 50 Acker Land. Heute, wo ein Quadrat-Elle Lands oft mit Tausenden bezahlt wird, wo man keine Hundehütte auf einem Grundstücke von 40 Schilling Jahresrente errichten kann, sind es Schneider, Schuster, kurz moderne Lohnarbeiter, die in der unmittelbaren Nachbarschaft der großen Städte Wähler in den Grafschaften sind. Die Tories wollen die ländliche Vertretung von diesen unwillkommenen Elementen befreien, daher die Nothwendigkeit neuer Grenzen: die modernen Lohnarbeiter sollen den Städten einverleibt werden.

Eine der Hauptgrundfesten des englischen Parlamentarismus ist die Bestechung. Noch im Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts war es Sitte, daß königliche und ministerielle Vuhlerinnen die parlamentarischen Gegner zu Festmahlszeiten einluden und ihnen 10, 20, 50 Pfund-Noten u. s. w. (das Pfund Sterling = 6 Thlr. 20 Gr.) unter die Teller legten. Heute hat das aufgehört, aber bei den Wahlen ist die Bestechung noch in vollem Gange. Seit mehr als 50 Jahren sind Gesetze gegen Bestechung erlassen worden, aber jede Neuwahl beweist, daß sich das Uebel eher vermehrt als vermindert. Am Vorabend seiner Auflösung macht das gegenwärtige Parlament ein Gesetz gegen die Bestechung, wie viele seiner Vorgänger, und doch ist es im Voraus gewiß, daß bei der nächsten Wahl größere Bestechungen stattfinden werden, als je zuvor, denn es fängt an sich um wirkliche Klasseninteressen zu handeln. Die Wahlkosten, welche die Kandidaten selbst bestreiten müssen, und die gesetzlich erlaubt sind, können sich, wie bei der letzten Wahl mehrfach vorkam, auf mehr als 15,000 Pfd. (100,000 Thlr.) belaufen — schlechte Aussichten für einen armen Schlucker von Arbeiter, ins Parlament zu kommen! Ich werde gelegentlich auf die englischen Wahlgewohnheiten zurückkommen. Unter gegebenen Umständen können nur Leute, die einige tausend Pfund aufs Spiel setzen, als Kandidaten auftreten, andere Wahlformen sind daher unvermeidlich.